

„Mit Präventionspolitik den Kampf gegen Armut gewinnen“

Ein Gespräch mit Luidger Wolterhoff, Sozialdezernent der Stadt Gelsenkirchen

G.I.B.: Herr Wolterhoff, vor Kurzem hat die Bertelsmann-Stiftung in einer Studie Gelsenkirchen als die ärmste Stadt Deutschlands identifiziert. Was ging Ihnen als Sozialdezernent, als kommunalem Verantwortungsträger durch den Kopf, als Sie am nächsten Tag Schlagzeilen in der Presse lasen wie „Von der stolzen Industriestadt zum Sozialfall“ oder „Jeder vierte Gelsenkirchener ist auf Stütze angewiesen“?

Luidger Wolterhoff: Offen gesagt: Ich bin überhaupt nicht glücklich, wenn solche Meldungen erscheinen, weil sie ein einseitig negatives Bild der Stadt zeichnen, in der ich persönlich sehr gerne lebe. Bei meinen früheren beruflichen Tätigkeiten bin ich lieber über längere Strecken gependelt als von hier wegzuziehen. Entsprechend ambivalent war meine Reaktion auf die Schlagzeilen. Einerseits ist es richtig und wichtig, die Fakten zu benennen und daraus Rückschlüsse zu ziehen, wie sich zum Beispiel die Zahl der Menschen senken lässt, die von Hartz IV leben müssen. Aber über wenige Indikatoren und deren nicht immer nachvollziehbare Gewichtung ein in diesem Fall negatives Gesamtbild zu erzeugen, ist nicht gerade erfreulich.

So wird in der Studie beim Thema Armut lediglich die Einkommenslage beschrieben. Doch in einer Stadt wie Gelsenkirchen mit hoher Arbeitslosigkeit ist kaum verwunderlich, dass das Durchschnittseinkommen niedrig ist. Unberücksichtigt bleibt dabei, dass für eine in Gelsenkirchen lebende Person die Lebenshaltungskosten, die Lebensmittelpreise genauso wie die Mieten teils niedriger sind als für eine vergleichbare Person etwa in Münster oder München. Das führt zu einer Verzerrung des Bildes.

Die defizitorientierten Indikatoren bilden überhaupt nicht ab, was in dieser Stadt alles an Positivem geschieht. So sind im Rahmen des Strukturwandels im Schnitt pro Jahr etwa tausend neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden, in den letzten zehn Jahren also immerhin 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Ähnlich positive Entwicklungen zeigen sich am Ausbildungsmarkt. Diejenigen, die lange in dieser Stadt leben, erinnern sich daran, dass es für junge Menschen auch mit sehr guter Schulausbildung schwierig war, einen Ausbildungsplatz zu finden. Heute haben Jugendliche mit gutem Schulabschluss beste Chancen auf eine Ausbildung und anschließende Übernahme. Heute gibt es rund 100 unversorgte Jugendliche – eine überschaubare Zahl, die vor gar nicht so langer Zeit drei- oder viermal so hoch war.

Gleichzeitig, und das will und kann niemand verschweigen, verzeichnen wir eine Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit, die auf den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger durchschlägt. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den insgesamt als arbeitslos gemeldeten Personen liegt bei hohen 40 Prozent. Darauf müssen wir spezielle Antworten geben.

G.I.B.: Schauen wir uns die speziellen Antworten an: Was hat die Stadt Gelsenkirchen bisher getan für den Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit, die oft in direktem Zusammenhang mit Armut steht?

Luidger Wolterhoff: Unsere Wirtschaftsförderung bietet Unternehmen günstige Flächen und weitere Unterstützung, damit über die Ansiedlung neuer Betriebe neue Arbeitsplätze entstehen, und zwar auch solche, bei denen die anfallenden Tätigkeiten schon nach kurzer Anlernphase bewältigt werden können. Denn einen Menschen, der 40 oder 50 Jahre alt ist und zehn Jahre lang arbeitslos war, kann man nicht ohne Weiteres zur Fachkraft qualifizieren.

Das hat uns veranlasst, einen sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen. So werden wir Ende des Jahres über 400, vielleicht knapp 500 Menschen im Regelinstrument § 16 i SGB II beschäftigt haben, und zwar nicht nur in Tochtergesellschaften der Stadt, sondern auch in Privatunternehmen, ohne dass es dort zu Verdrängungen anderer Arbeitnehmer kommt. Zusätzlich nimmt die Stadt selbst nochmal – und das ist für unseren städtischen Haushalt kein kleiner Betrag – 1,2 Millionen



Luidger Wolterhoff, Sozialdezernent
der Stadt Gelsenkirchen

Euro in die Hand, um einen Kreis von rund 120 Personen zu fördern, die aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit unter den Bedingungen eines produktiven Wettbewerbs im Unternehmen trotz erheblichen Arbeitgeberzuschusses auch unter den Bedingungen des § 16 i nicht Fuß fassen können.

Darüber hinaus haben wir im gesamten Stadtgebiet 65 Langzeitarbeitslose als „Quartiermeister“ eingesetzt. Sie helfen, die Mobilität insbesondere älterer oder behinderter Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Zugleich achten sie auf Sauberkeit und Ordnung im Quartier. Entdecken sie irgendwo illegale Müllablagerungen, informieren sie die „Gelsendienste“, unseren stadtteilgenen, für die öffentliche Sauberkeit zuständigen Betrieb, der den Müll unverzüglich beseitigt, damit so etwas wie ein Broken-Windows-Phänomen, die Verwahrlosung ganzer Quartiere, erst gar nicht entsteht. Andere Langzeitarbeitslose kommen in der Parkpflege oder auf Sportplätzen zum Einsatz und sorgen dort für Ordnung und Sauberkeit.

Weil aber der Kampf gegen bestehende Langzeitarbeitslosigkeit mühsam ist, müssen wir auch nach vorne schauen und präventiv agieren. Das heißt: Wir müssen sicherstellen, dass jungen Menschen der Übergang von der Schule in den Beruf gelingt, um ein Nachwachsen in Arbeitslosigkeit zu verhindern. Präventionspolitik macht Erfolgsbiografien wahrscheinlicher und trägt zur Chancengerechtigkeit bei.

G.I.B.: Präventionspolitik setzt eine klare Analyse der Wirklichkeit voraus. Was wissen Sie – mit Blick auf Armut und Armutsgefährdung – über die soziale Lage der Kinder in Ihrer Stadt?

Luidger Wolterhoff: In einer Stadt wie Gelsenkirchen, in der viele Menschen, sei es aufgrund von Arbeitslosigkeit, sei es infolge von Niedriglöhnen, mit einem geringen Einkommen auskommen müssen, leben zwangsläufig auch viele Kinder in Haushalten, die den unteren Einkommensklassen zuzuordnen sind. Hinzu kommt, dass immer mehr Kinder und Jugendliche in der Stadt leben. Das ist auf steigende Geburtenzahlen zurückzuführen, aber auch auf die Zuwanderung tausender

Menschen, darunter viele Flüchtlinge. Rein rechnerisch kommt alle zwei bis drei Wochen eine komplette Schulklasse hinzu. Das heißt: Hier wachsen unentwegt die Bedarfe in den Bereichen Schulunterricht, Kinderbetreuung und Spracherwerb.

Wir wollten mehr über die konkreten Bedarfe wissen und haben als eine der ersten Kommunen mithilfe der Sozialforschung und Sozialplanung ein auf statistischen Auswertungen basierendes Verfahren entwickelt, den Partizipationsindex, um die Lebensumstände Gelsenkirchener Kinder transparent zu machen, zu verbessern und ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen zu erhöhen.

Der Partizipationsindex beschreibt und beziffert – aufgeschlüsselt nach Sozialräumen – Potenziale, Probleme und Handlungserfordernisse auf dem Weg zu besseren Teilhabechancen von Kindern und dient als Grundlage für unsere sozialräumliche Strategieentwicklung und für unsere Präventionsarbeit. Er ermöglicht eine zwischen allen Ressorts abgestimmte Arbeit in vier Handlungsfeldern – Elternstärkung, Bildungsteilhabe, individuelle Entwicklungsförderung und gesundheitliche Chancenförderung. Dabei gehen wir also nicht vom vermuteten, sondern vom gemessenen Bedarf aus, und zwar sehr differenziert nicht einfach nach Stadtteilen, sondern weiter aufgeschlüsselt nach 40 Sozialräumen. So können wir exakt passende Strategien und Instrumente für jeden einzelnen Sozialraum entwickeln und die knappen Mittel an die richtigen Stellen lenken.

Unser Partizipationsindex gibt detailliert Auskunft über die Teilhabe und Benachteiligung von Kindern, gemessen anhand von fünf Dimensionen, den sogenannten Teilindizes: der wirtschaftlichen Lage von Kindern, den Integrationsvoraussetzungen, den Gesundheitsbedingungen, der Bildungsbeteiligung sowie den Umwelt- und Wohnbedingungen. Jedem dieser Indizes sind Indikatoren zugeordnet, hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage von Kindern ist das zum Beispiel die Sozialgeldquote, hinsichtlich der Gesundheitsbedingungen die Quote adipöser Kinder und hinsichtlich der Bildungsbeteiligung die Schulformempfehlung für Grundschul Kinder.

Das zentrale Ergebnis lautet: In der Stadt Gelsenkirchen leben durchschnittlich 41 Prozent der Kinder unter 15 Jahren von Sozialgeld, bei den unter 7-Jährigen sind es stadtweit 42,6 Prozent. Im Vergleich zu den Vorjahren ist das ein Anstieg um mehr als fünf Prozentpunkte.

Aber auch alle anderen Ergebnisse sind relevant. Nur zwei Beispiele zum Thema Gesundheit: Insgesamt sind in Gelsenkirchen 13 Prozent der Schulanfängerinnen und -anfänger übergewichtig beziehungsweise adipös. Ein weiterer Aspekt betrifft die Zahngesundheit. Rund 40 Prozent der Kinder haben bereits zur Einschulung kranke Zähne in ihrem Milchgebiss. Wir wollen den Prozentsatz innerhalb von zwei Jahren um zwei Prozentpunkte senken und dazu schauen wir uns auch an, wie die Versorgung mit Zahnärzten und Kinderärzten über das Stadtgebiet verteilt ist, da gerade benachteiligte Familien häufig weniger mobil sind.

G.I.B.: Welche Erkenntnisse haben Sie beim Teilindex „Bildungsbeteiligung“ gewonnen?

Luidger Wolterhoff: Hier haben wir festgestellt, dass acht Prozent der Kinder nach der Grundschule auf die Hauptschule, 45 Prozent auf die Gesamt- oder Sekundarschule und ein knappes Drittel auf das Gymnasium wechselt, allerdings ist die Weiterempfehlungsquote für das Gymnasium gesunken. Darüber hinaus sind die Weiterempfehlungen in den unterschiedlichen Stadtteilen und Sozialräumen höchst heterogen.

Eine weitere wichtige Erkenntnis ist, dass rund 13 Prozent gar keinen Kindergarten oder weniger als zwei Jahre lang eine Kita besucht haben. Ein Wert, der im aktuellen Jahr deutlich zugenommen hat. Diese Kinder weisen erhebliche Defizite zum Schulstart auf.

Also müssen wir das Platzangebot in den Kitas quantitativ und qualitativ anpassen. Das haben wir getan, indem wir etwa spezielle Fördergruppen installiert haben sowie das Angebot der mobilen Kita (MoKi) speziell für Zuwanderer-Familien. Besonders bei den Müttern aus diesen Familien findet das Angebot großes

Interesse. Für sie wurde der Sprachkurs „Mama lernt Deutsch in der MoKi“ initiiert. Hier lernen sie einfache, alltagsorientierte deutsche Sätze, während ihre Kinder durch die Fachkräfte der MoKi betreut werden. In den Stadtteilen, in denen MoKi präsent ist, sind parallel Spielgruppen in städtischen Kitas eingerichtet worden. Die Mütter können ihre Kinder jederzeit zur Gruppe begleiten und den Inhalt aktiv mitgestalten. Der Besuch der MoKi und der Spielgruppen ist kostenlos und bildet eine Brücke zwischen offenen Angeboten und vertraglich festgelegten Strukturen einer Tageseinrichtung für Kinder.

Ein weiteres wichtiges Element im Kontext unserer Präventionspolitik im Bereich Bildung ist das vor wenigen Jahren vom nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium gemeinsam mit der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen gegründete NRW-Zentrum für Talentförderung. Das Gebäude liegt an der Bochumer Straße in Ückendorf, einem Stadtteil mit besonders schwachen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, in dem viele Kinder und Jugendliche aus weniger privilegierten Familien leben.

Aber genau um sie geht es beim NRW-Talentscouting beziehungsweise bei der Talentförderung, denn es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Herkunftsfamilie und beruflichem Werdegang. Talentscouts gehen in die Schulen und ermutigen junge Menschen aus Nichtakademikerfamilien oder aus „einfachen Verhältnissen“ zu einem Hochschulstudium, wenn ihre Talente im akademischen Wissensbereich liegen.

Darüber hinaus wurden in diesem Jahr vier Gelsenkirchener Schulen im Rahmen eines nordrhein-westfälischen Schulversuchs als Talentschulen ausgesucht. Sie erhalten Unterstützung unter anderem bei der Optimierung der Berufswahlorientierung sowie bei der Steigerung der Quoten von Übergängen in eine Berufsausbildung oder in Erwerbsarbeit. Mithilfe der Gelsenkirchener Talentschulen wollen wir den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen von ihrer sozialen Herkunft und den Einkommensverhältnissen des Elternhauses entkoppeln.

Besondere Beachtung verdient im Handlungsfeld „Bildung“ meines Erachtens ein Vorschlag unseres Oberbürgermeisters. Er hat die Gründung einer Emscher-Universität im nördlichen Ruhrgebiet angeregt. Das wäre ein wichtiger Impuls für die Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft sowie für die Stadtentwicklung insgesamt.

G.I.B.: Gibt es neben den Langzeitarbeitslosen sowie den Kindern und Jugendlichen weitere Zielgruppen, auf die Sie sich in Ihrem Kampf gegen Armut konzentrieren?

Luidger Wolterhoff: Ja, wir haben mit unseren Sozial- und Gesundheitsberichten ein zusätzliches Format entwickelt, zunächst mit eher beschreibendem Charakter, um zielgenau handeln zu können. Angefangen haben wir hier mit dem Thema Altersarmut. Wir wollen wissen, welche Angebote für ältere Menschen in der Stadt existieren, ob es genug altersgerechte Wohnmöglichkeiten gibt und wie die Situation im Bereich der Pflege aussieht, um zielgenau handeln zu können.

Des Weiteren haben wir aktuell einen Bericht zum Thema Obdachlosigkeit vorgelegt. Demnach gibt es in unserer Stadt 15 bis 20 Menschen, die regelmäßig auf der Straße leben. Gemessen an den 260 000 Einwohnern ist das ein sehr geringer Prozentsatz. In reicheren Städten wie Münster oder Köln dürften sich da ganz andere Relationen ergeben. Ich würde sogar so weit gehen zu behaupten: In Gelsenkirchen gibt es keine unfreiwillige Obdachlosigkeit. Das liegt daran, dass wir speziell für diese Personengruppe viel tun.

So haben wir – neben einem mengenmäßig guten Angebot an Notschlafstellen – seit zwanzig Jahren eine zentrale Fachstelle zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit. Das klingt technisch, ist aber sehr effizient und effektiv. Sobald Räumungsklagen anstehen und wir von den Amtsgerichten eine entsprechende Meldung erhalten, handeln wir sofort, um Räumungen zu verhindern. Dabei haben wir eine formulierte Zielgröße von 70 oder 80 Prozent – zweifellos ein gutes Ergebnis.

Darüber hinaus funktioniert in Gelsenkirchen das Zusammenspiel der Akteure in der Wohnungslosenhilfe, ein Begriff, der weiter gefasst ist als „Obdachlosigkeit“. Hier existiert ein professionelles Netzwerk von Trägern, freien Vereinen und Wohlfahrtsverbänden, die in der Regel von uns finanziert – in unserem Auftrag handeln. Sie bieten Menschen, die auf der Straße leben, von Wohnungslosigkeit bedroht sind oder Drogenprobleme haben, psychosoziale Beratung und Unterstützung. Zudem können wir sicherstellen, dass anerkannte Flüchtlinge, die auf unseren freien Wohnungsmarkt kommen, innerhalb weniger Wochen eine eigene Wohnung haben. Auch das managen wir über die zentrale Fachstelle und ich denke, darauf können wir auch stolz sein.

G.I.B.: Beschränken Sie sich bei Ihrem Kampf gegen Armut auf bestimmte Zielgruppen oder nehmen Sie in diesem Kontext auch ganze Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf in den Blick?

Luidger Wolterhoff: Beides. Wir bringen auch Stadtteilentwicklungsprogramme auf den Weg. Markantestes Beispiel ist aktuell der Ortsteil Ückendorf. Noch vor ein, zwei Generationen war hier die Bochumer Straße, eine Verbindungsstraße zwischen unserer Nachbarstadt Wattenscheid und Gelsenkirchen, eine Prachtstraße, später dann lange Zeit eine problematische Straßenzeile und heute ist es eine Straße im Aufbruch. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Bochumer Straße, ganz nah an Justizzentrum und Wissenschaftspark gelegen, in zehn Jahren eine wirklich attraktive Adresse sein wird.

Der Grund für meinen Optimismus: Die Stadt hat über ihre Stadtentwicklungsgesellschaft Häuser aufgekauft, die Bausubstanz deutlich verbessert und die Fassaden verschönert. Wir wollen die Häuser später wieder verkaufen oder vermieten und dabei auf eine inklusive Mischung der Bewohnerinnen und Bewohner achten. Hier sollen zugewanderte Menschen genauso Wohnraum finden wie Alteingesessene. Zugleich wollen wir studentisches Leben ermöglichen und einen Teil der in der Stadt sehr aktiven freien künstlerischen Szene ansiedeln. Eine wichtige Rolle in dem Gesamt-

konzept spielt die Neu-Nutzung der denkmalgeschützten Heilig-Kreuz-Kirche, die in ihrer eigenwilligen Zusammensetzung von Formen des Expressionismus und der Neuen Sachlichkeit deutschlandweit einmalig ist. Zusammen mit der emschertainment GmbH, einer Agentur für Gastronomie- und Veranstaltungsmanagement, wollen wir dort für neues Leben sorgen. Dabei dienen – das ist unsere Strategie – unsere Aktivitäten als Motoren, die in ihrer Gesamtwirkung eine Eigendynamik erzeugen.

G.I.B.: Noch mal kurz zurück zum Partizipationsindex: Hatten Sie keine Sorge, dass die publizierten Ergebnisse für Unmut bei den Menschen in den Quartieren sorgen könnten?

Luidger Wolterhoff: Eindeutig nein! Wir – und dafür steht vor allem unser Oberbürgermeister – sind überzeugt, dass es zur Transparenz keine Alternative gibt. Es macht gar keinen Sinn, die Fakten zu verschweigen oder zu beschönigen. Heimlichtuerei bringt nichts. Wenn Handlungsbedarf besteht, muss er auch objektiv darstellbar sein. Abgesehen davon glaube ich, dass das Lebensgefühl der Menschen, die in den Quartieren leben, und das, was wir über unsere Indikatoren abbilden, sehr eng beieinander liegen. Wir haben jedenfalls keinerlei Nachteile erlebt, nur weil wir sehr offen mit den Zahlen umgehen – im Gegenteil. Die Menschen wissen das zu schätzen, auch deshalb, weil man über die Zahlen mit ihnen ins Gespräch kommt. Die Menschen, die hier leben, kennen die Probleme und Herausforderungen, aber sie wissen auch, dass die Stadt Gelsenkirchen einiges zu bieten hat und damit meine ich nicht nur das Musiktheater, eines der bedeutendsten Theaterbauten der Nachkriegszeit und schönstes Musiktheater im Ruhrgebiet.

Dass diese Stadt trotz hoher Arbeitslosigkeit und unbezweifelbar vorhandener Armut lebenswert ist und Menschen, die hier leben, sich für diese Stadt einsetzen, zeigt nicht zuletzt das bürgerschaftliche Engagement der vielen von uns unterstützten Ehrenamtlichen von „ZWAR. Zwischen Arbeit und Ruhestand“. Sie sowie rund hundert von uns qualifizierte Seniorenvertreterinnen und Nachbarschaftsstifter stehen den

Bürgerinnen und Bürgern überall in der Stadt, sei es in irgendeiner Senioreneinrichtung, im Café, beim Stadtteilbäcker oder in einem öffentlichen Gebäude zu festgelegten Zeiten als Ansprechpartner zur Verfügung und leisten so einen unverzichtbaren Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität in unserer Stadt.

G.I.B.: Welche Unterstützung wünschen Sie sich bei Ihrem Kampf gegen Armut von Bund und Land?

Luidger Wolterhoff: Es gilt anzuerkennen, dass eine Stadt wie Gelsenkirchen mit der hohen Zahl von Zuwanderern so etwas wie eine Ankunftsstadt ist und dass wir in die Lage versetzt werden müssen, den daraus resultierenden Anforderungen hinsichtlich ihrer Integration gerecht zu werden. Integration aber erfordert Ressourcen – für die Unterbringung, für die Kinderbetreuung und für die schulische und berufliche Integration. Es wäre beispielsweise gut, wenn das Land über Anreize dafür sorgen könnte, dass nicht nur mehr Lehrerstellen nach Gelsenkirchen kommen, sondern auch mehr Lehrerinnen und Lehrer, denn von 59 Stellen in den Grundschulen können wir aktuell nur 17 besetzen. Nur wenn sich das ändert, können wir mit unserer Präventionspolitik den Kampf gegen Armut in unserer Stadt gewinnen. Für diese veränderte Sichtweise und die politischen Konsequenzen streiten wir.

DAS INTERVIEW FÜHRTEN

Denise Anton, Tel.: 02041 767262, d.anton@gib.nrw.de

Carsten Duif, Tel.: 02041 767178, c.duif@gib.nrw.de

Paul Pantel, Tel.: 02324 239466
paul.pantel@vodafoneemail.de

KONTAKT

Stadt Gelsenkirchen
Arbeit und Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz

Luidger Wolterhoff
Hans-Sachs-Haus, Ebertstraße 11
45879 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 169-2273
vb5@gelsenkirchen.de